Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.
Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
[illegible]

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt
und
Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 18,750
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.
Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut uns. Preisverzeichniß. Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherm Tarif.
Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4 gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme

№ 353. Donnerstag den 18. December 1884. 78. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Wegen Reinigung der Expeditionslocale des Königl. Standesamtes und der Casse für die Friedhöfe wird an beiden Stellen

Mittwoch, den 17., und
Donnerstag, den 18. December a.,

nur Vormittags von 8 bis 11 Uhr expedirt.

Leipzig, den 15. December 1884.

Das Königl. Sächs. Standesamt.
Dir. Julius Burckhardt.

Bekanntmachung.

Die Anfertigung und Anlieferung von 200 gußeisernen Wasserverschlüssen sollen an einen Unternehmer in Accord vergeben werden.

Die Bedingungen und Zeichnungen für die Lieferung liegen in unserer Tiefbau-Verwaltung, Rathhaus, 2. Etage, Zimmer Nr. 14, aus und können daselbst eingesehen resp. entnommen werden.

Bezügliche Offerten sind versiegelt und mit der Aufschrift „Lieferung gußeiserner Wasserverschlußrohre" versehen ebendaselbst und zwar bis zum 10. Januar 1885 Nachmittags 5 Uhr einzureichen.

Leipzig, am 13. December 1884.

Des Raths der Stadt Leipzig
Straßenbau-Deputation.

In Gemäßheit der §§. 2 und 7 des Regulativs für Gasrohrleitungen und Gasbeleuchtungsanlagen in Privatgrundstücken vom 2. März 1863 machen wir hierdurch bekannt, daß der Techniker

Herr Hermann Bohn hier,
Poniatowskystraße Nr. 12,

zur Uebernahme solcher Arbeiten bei uns sich angemeldet und den Besitz der hierzu erforderlichen Vorrichtungen nachgewiesen hat.

Leipzig, den 15. December 1884.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Wolfram.

Gesucht

wird der am 4. März 1852 hier geborene Maurer Bruno Hermann Stadner, welcher zur Fürsorge für seine von ihm verlassene Familie anzuhalten ist.

Leipzig, den 13. December 1884.

Der Rath der Stadt Leipzig.
(Armenamt.)
Ludwig-Wolf. Alim.

Versteigerung.

Freitag, den 19. December 1884, Vormittags 10 Uhr, soll im hiesigen Auctionslocale 1 Zündholzanslegemaschine gegen Baarzahlung meistbietend öffentlich versteigert werden.

Grimma, am 16. December 1884.

Der Gerichtsvollzieher des Königl. Amtsgerichts.
Wolf.

Nichtamtlicher Theil.

Aus dem Reichstage.

Bei aller Entrüstung, welche wir über die Haltung der Deutschfreisinnigen und des Centrums in den Reichstagssitzungen von Montag und Dienstag empfinden, sind wir doch überzeugt, daß die Erfahrungen dieser beiden Tage auch der heilsamen Rückwirkung nicht entbehren werden. Und diese wird darin bestehen, daß sich die liberalen Wähler mehr und mehr von den Deutschfreisinnigen abwenden werden. Es hat sich schon in den letzten drei Monaten ein unzweifelhafter Läuterungsproceß innerhalb der liberalen Partei vollzogen, und dieser Proceß wird weiter fortschreiten und schließlich zur Auflösung der deutschfreisinnigen Partei in ihre Bestandtheile führen. Von den früheren Organen der Partei fällt eines nach dem andern ab, sie können den freisinnigen Standpunct der öffentlichen Meinung gegenüber nicht mehr aufrecht erhalten. Das ist schön und gut, nur ist es zu beklagen, daß sie überhaupt jemals in das Fahrwasser der Deutschfreisinnigen gerathen konnten, daß ihnen nicht alsbald klar wurde, wohin diese Richtung treibt. Widerstand gegen fehlerhafte Einrichtungen ist gewiß nicht zu tadeln und der Verlauf der Reichstagssitzungen, in welchen es sich um das Militairgerichtsverfahren, um die Wiedereinführung der Berufungsinstanz und Verminderung der Gerichtskosten handelte, hat gezeigt, daß auf nationalliberaler Seite volles Verständniß für die Nothwendigkeit dieser Reformen vorhanden ist. Aber wo in aller Welt liegt denn der Sinn der Verweigerung nothwendiger Ausgaben, durch die die auswärtige Politik lahm gelegt wird? Die Streichung des Gehalts für den zweiten Director, die Herabsetzung der Einkünfte für die Consuln in Capstadt und Korea, die Absetzung des Gehalts für die drei Viceconsuln in Apia, was haben denn diese mit liberalen Grundsätzen zu thun? Ist auch nur einer der Abgeordneten, die ihre Stimme für diese Streichungen erhoben haben, im Stande, die Sachlage an Ort und Stelle zu beurtheilen? Der Abgeordnete Bamberger tadelt die Plantagenwirthschaft in der Südsee und stellt schließlich die Frage: „Um das Geschäft der Plantagenbesitzer durch Regelung der Arbeiterverhältnisse zu unterstützen, sollen wir drei Viceconsuln bewilligen?" Die Linke klatscht Beifall dazu, und die drei Viceconsuln werden gestrichen, obwohl der Regierungscommissar den Redner berichtigt und betont, daß die drei Viceconsuln für den ganzen Inselcomplex bestimmt sind. Das stand schon im Etat für das Auswärtige Amt zu lesen, bevor noch das Weißbuch über die Verhältnisse in der Südsee vertheilt war. Aehnlich liegt die Sache mit dem Generalconsul in Capstadt. Die Commission findet, daß der Beamte mit 16,000 Mark auskommen kann, obwohl keiner der in der Commission sitzenden Herren die Verhältnisse in der Capstadt kennt. Man belehrt sie darüber, daß es dort sehr theuer ist. „Ja das ist etwas Anderes, erwiderten Richter und Windthorst, das haben wir nicht gewußt, aber die Consequenz dieser Thatsache zu ziehen, hat Zeit bis zur dritten Lesung, vorläufig beschließen wir nach den Commissionsanträgen." Das heißt denn doch die Pflichten des Volksvertreters in einem ganz eigenthümlichen Sinne auffassen, für welchen die denkenden Wähler nirgends Verständniß haben werden. Die Logik dieser Herren ist: Weil wir die Verhältnisse in Afrika und Australien nicht kennen, weil wir keine richtige Vorstellung von der Arbeitslast des Auswärtigen Amtes haben, deshalb streichen wir die Forderungen der Regierung, oder wir setzen sie herab. Das nennen die Herren Sparsamkeit! Mit demselben Rechte könnten sie dann auch das Beamtenpersonal im Auswärtigen Amt verringern und die Consulate in Afrika und in Australien ganz streichen. Wenn man in jedem Budgetcapitel dasselbe Verfahren einschlägt, dann wird sich wohl schließlich das Gleichgewicht in Einnahme und Ausgabe herstellen lassen. Der Abgeordnete Lenz sprach seine Verwunderung darüber aus, daß man solche Budgetposten wie das Gehalt für den zweiten Director im Auswärtigen Amt nicht gleich im Plenum erledigt, dafür habe man in Süddeutschland kein Verständniß. Die Unterscheidung zwischen Nord und Süd ist dies Mal leider nicht ganz berechtigt. Wir erinnern uns einer Reihe von Sitzungen der bayerischen Abgeordnetenkammer im Jahre 1874, in welcher fast alle Mehrforderungen für Zwecke des höheren Unterrichts und der Kunst reducirt oder gestrichen wurden, nicht weil die Opponenten von der Unnützlichkeit dieser Ausgaben überzeugt waren, sondern um den Cultusminister v. Lutz zum Rücktritt zu zwingen. Die bayerischen Patrioten standen also damals genau auf demselben Standpunct wie ihre Gesinnungsgenossen vom Centrum im Reichstage. Windthorst und Genossen bewilligen dem Reichskanzler die Mittel zur Führung seiner auswärtigen Politik blos deshalb nicht, weil er das Expatriirungsgesetz nicht aufhebt. Das ist es, was Fürst Bismarck die Parlamentsherrschaft nennt, welche er für unsere deutschen Verhältnisse nicht für passend erachtet. Der Bundesrath soll durch die Opposition der Deutschfreisinnigen und des Centrums gezwungen werden, etwas zu thun, was er im nationalen Interesse nicht thun will und nicht thun kann.

Nehmen wir einmal an, die Freisinnigen und das Centrum erreichten ihren Zweck und zwängen Bismarck zum Rücktritt. Was würde denn dadurch erreicht? Doch nur, daß die auswärtige Politik, auf deren Leitung die große Mehrzahl der Deutschen stolz ist, in Zukunft wahrscheinlich nicht so gut wie bisher geleitet werden würde. Mit solcher Art von Opposition ist dem deutschen Volke nicht gedient, das versteht man sogar außerhalb Deutschlands. Das Wiener „Fremdenblatt" schlägt einen Ton an, der bei allen deutschen Patrioten Widerhall finden wird. Das Blatt beklagt es tief, daß unmittelbar unter dem gewaltigen Eindruck, den die Veröffentlichung der Actenstücke über die deutsche Colonialpolitik in Westafrika das deutsche Parlament so ganz am unrechten Ort und zur unrechten Zeit seinem Uebelwollen die Zügel schießen ließ. Wir finden gar keine Worte, um das Verhalten der Deutschfreisinnigen und des Centrums gebührend zu kennzeichnen, nur die Ueberzeugung haben wir, daß der Krug die längste Zeit zum Wasser gegangen ist, und daß sein Zertrümmerung unmittelbar bevorsteht.

In der That konnten die Richter, Bamberger und Windthorst den Zeitpunct für ihre Action gegen den Fürsten Bismarck nicht ungünstiger wählen. Die deutsche Einheit ist zwar noch jungen Datums, aber so viel hat die Zeit, während deren sie besteht, doch bewirkt, daß die Deutschen das Gesammtbewußtsein als Nation dem Auslande gegenüber haben. Es ist unzweifelhaft, daß die Haltung der Deutschfreisinnigen und des Centrums im Reichstage für das deutsche Volk beschämend ist. Das haben sogar die Franzosen anerkannt und Fürst Karolath hat den Reichstag am Montag an diese Thatsache erinnert. Trotzdem hat dieses scharfe Mittel keine Wirkung verfehlt. Aber im deutschen Volke sind die Worte verstanden worden und die Wähler sind an vielen Orten darüber zur Klarheit gelangt, daß sie solchen Volksvertretern, welche Deutschland dem Auslande gegenüber beschämen, fernerhin kein Mandat mehr anvertrauen können. Ob der Zusammenhang der Centrumswähler schon heute gelöst ist, wagen wir nicht zu hoffen, aber Das glauben wir mit Bestimmtheit behaupten zu können, daß, wenn heute Neuwahlen ausgeschrieben würden, nicht die Hälfte der Deutschfreisinnigen im neuen Reichstage erscheinen würde. Die Langmuth der Deutschen ist groß, die Macht der Gewohnheit ist bei uns stärker als bei irgend einer andern Nation, und plötzlicher Umschwung der öffentlichen Meinung, wie er bei den romanischen Völkerschaften einzutreten pflegt, ist bei uns nicht zu erwarten, aber solchen Angriffen gegenüber, wie sie am Montag und Dienstag auf die Wähler von ihren Vertretern verübt worden sind, bleibt auch der Deutsche nicht unempfindlich. Und das Gute hat die langsamere Wirkung derartiger Angriffe bei uns, daß sie nachhaltiger ist, das Vertrauen auf die bisherigen Vertreter ist, wenn es erst einmal ins Wanken gekommen, dauernd verloren, und es kehrt nicht eher wieder, als bis man sich davon überzeugt hat, daß man das Vertrauen mit Unrecht entzogen hat. In diese Verlegenheit werden die deutschen Wähler schwerlich kommen, denn schlimmere Erfahrungen als sie mit den deutschfreisinnigen und ultramontanen Abgeordneten gemacht haben, werden sie so leicht mit anderen Vertretern nicht machen. Von der deutschfreisinnigen Partei lösen sich auf der einen Seite diejenigen Elemente ab, welche die nationalen Zwecke hoch halten und werden sich mit den Nationalliberalen wieder vereinigen, die anderen, welchen die Richter und Bamberger noch nicht weit genug gehen, werden sich den Phillips und Lenzmann anschließen. Der Auflösungsproceß hat begonnen und dafür, daß er bald reißende Fortschritte machen muß, haben die deutschfreisinnigen Abgeordneten am Montag und Dienstag gesorgt. Vivant sequentes! *

Leipzig, 18. December 1884.

* Der nationalliberale Verein in Berlin hielt am Montag Abend im „Norddeutschen Hofe" seine erste Versammlung unter dem Vorsitz des Abg. von Benda ab. Aus dem Bericht des Geschäftsführers, Consul a. D. Weber, war u. A. zu entnehmen, daß der Verein schon gegen 400 Mitglieder zählt und täglich neue Zutrittserklärungen erfolgen. Herr Baurath Kyllmann entwickelte Vorschläge zur Organisation und praktischen Wirksamkeit des Vereins, welche von der Versammlung gut geheißen wurden. Als Organ des Vereins soll danach neben dem Vorstand ein aus einer größeren Zahl von Mitgliedern, etwa 50, bestehender Parteirath fungiren. Herr Ernst Jerusalem lenkte alsdann die Aufmerksamkeit auf die Nothwendigkeit, eine zuverlässige, den Standpunct der Partei vertretende Zeitung in der Reichshauptstadt zu besitzen. Als solche wurde die „Neue Zeitung" ausersehen und den Parteigenossen dringend empfohlen, mit aller Kraft für die Verbreitung dieses Blattes zu wirken. Den Beschluß der Verhandlungen bildete eine mit großem Beifall aufgenommene, warme und patriotische Ansprache des pfälzischen Reichstagsabg. Dr. Bürklin, welcher als Süddeutscher das Aufraffen der Nationalliberalen in der Reichshauptstadt mit Freuden begrüßte und über die Stellung und die Aufgaben der Partei sich in sehr beachtenswerther Weise verbreitete. Im Januar soll eine große öffentliche Versammlung stattfinden.

* Unter der Ueberschrift „Ein Ruf an die Wähler" lesen wir in der „Nationalliberalen Correspondenz" vom Dienstag:

Nach dem was wir gestern im Reichstag erlebt, wäre es jetzt Sache des Volkes, Sache der Wähler, zu sprechen. Wir haben schon mehr als einmal in Zeiten erregter Spannung erfahren, wie eine mächtige Strömung das Volk ergriff, wie dieses selbst seinen Willen aufs Unzweideutigste aussprach und damit eine ausschlaggebende Wirkung erzielte. Möchten in den nächsten Tagen und Wochen die Wähler allenthalben zusammentreten und Zeugniß ablegen, ob sie es wirklich billigen, daß der Reichstag dem Leiter unserer auswärtigen Politik ein paar tausend Mark verweigert, mit denen die Hilfskräfte beschafft werden können, ohne welche der Reichskanzler die Geschäfte nicht mehr genügend führen zu können erklärt. Namentlich an die Wähler deutschfreisinniger Abgeordneter richten wir die Aufforderung, unter sich Rath zu pflegen, ob sie damit einverstanden sind, daß eine deutschfreisinnig-ultramontane Mehrheit dem Fürsten Bismarck die Mittel zur genügenden Fortführung der Geschäfte verweigert, und wenn sie nicht damit einverstanden sind, so mögen sie ihre entgegengesetzte Meinung in Adressen und Resolutionen niederlegen und ihr lauteres Wahlen sich das [illegible] Datum vom 15. December merken. Ohne allen Zweifel würde der gestrige Beschluß eine vollständige genügende Handhabe zur Reichstagsauflösung bieten und ein unter diesem Zeichen erfolgender Appell an das Volk die erwünschte nationale Mehrheit in die Volksvertretung führen. Indessen wenn auch jetzt die Wähler nicht zur Wahlurne gerufen werden, so würden sie sich doch nicht entgehen lassen, ein Wort dazwischen zu reden, ob sie wirklich mit der Aufführung des Reichstags am 15. December einverstanden sind. Der Centrumswähler stimmt ja freilich Alles hin, was den Wählern der deutschfreisinnigen Hälfte der [illegible] Coalition aber [illegible] wir doch bezweifeln, ob das, was wir gestern erlebt, in ihrem Sinne geschehen. In einem Augenblick, wo die auswärtige Politik des deutschen Reichskanzlers bewundert und gefeiert im In- und Ausland beliebt wie nur je, wo Dank dieser Politik der Friede nach Außen gesichert ist, wo die Colonialfrage, in deren Behandlung wir die [illegible], die Energie, den Patriotismus des Kanzlers im höchsten Grade anerkennen müssen, neue gewaltige Aufgaben an uns stellt, in diesem Augenblick findet sich ein deutscher Reichstag und streicht dem leitenden Staatsmann kümmerliche Mittel zur Belohnung einer Hilfskraft, ohne die er die Arbeit nicht mehr bewältigen zu können erklärt. Aus Sparsamkeit! Und in demselben Augenblick, wo der Reichstag diese Lappalie verweigert, verlangt er noch eine Million Mark Diäten für sich selber! Da kann eben nur ein kräftiges Wort der Wähler Wandel schaffen.

* Aus Berlin wird officiös geschrieben:

So scharf Centrum und Socialdemokraten anderweit auch sich gegenüberstehen [illegible], so entschieden fanden sie sich in der persönlich zugespitzten Befehdung des Kanzlers, welche sogar in einem Theile der deutschfreisinnigen Presse das Gefühl der Beschämung über das Verhalten der Partei im Reichstage wachgerufen hat. In der Taktik freilich weichen die Kampfgenossen wesentlich von einander ab, denn, wenn Herr von Vollmar als der lauteste Rufer im Streit zu bezeichnen ist, beobachtete das Centrum in der mehrstündigen Debatte völliges Schweigen. Nach den jeden concreten Inhalts entbehrenden Auslassungen der Herren von Franckenstein und von Huene bei den Generaldebatten über den Etat und die Dampfervorlage zu schließen, würde man zwar, auch wenn das Centrum sich geäußert hätte, schwerlich viel Sachliches [illegible] haben, insbesondere würde schwerlich sich nicht haben feststellen lassen, inwieweit die Affaire Cumberland, inwieweit die Kirchenpolitik oder ein anderes Moment für die Entscheidung maßgebend war, ob dieselbe als definitiv angesehen oder bis zur dritten Lesung eine Schwenkung zu erwarten ist. Allein es ist für die politische Fraction ebenso [illegible] wie bezeichnend für die Achtung, welche den Wählern gezollt wird, daß das Centrum in einer so [illegible] Frage sein Votum völlig unbegründet ließ. Wie Herr Bebel bei der Etatsdebatte, so hatte sich übrigens Herr von Vollmar offenbar Herrn Eugen Richter zum Muster genommen, nur, daß er sie jenes [illegible] Vorbild zu überbieten, die Richter'schen Auslassungen in ihre äußersten Consequenzen zu treiben suchte. Jene beiden Momente, welche für Herrn Richter's Eintreten charakteristisch sind, die Auffassung des Budgetrechts als eines parlamentarischen Machtmittels zur Bekämpfung der Regierung mit dem Willen des Parlaments und die herabsetzende, verächtliche Behandlung der Regierung und ihrer Vertreter, traten gleichfalls in Herrn v. Vollmar's Rede und zwar mit beinahe cynischer Unverhülltheit hervor. Er betonte ausdrücklich, daß die Ablehnung wesentlich im Interesse der Parlamentsherrschaft über die Regierung erfolge und führte die verunglimpfende Deutung bis zur directen Beleidigung des Reichskanzlers, indem er dessen Berufung auf den Bescheid mit zweifelnden Bemerkungen beantwortete. Man sieht, die Demokratie Herrn v. Vollmar's ist zwar eine gröbere Nummer, aber doch immer dieselbe Sorte, wie die bürgerliche Demokratie unter der Herrschaft Eugen Richter's spinnt. Dieser kann in der That sich sehr auf die Schule, welche er gemacht hat, [illegible] ob aber die zahlreichen Elemente unter den Wählern, welche den wahren Kern der Bestrebungen der von diesen geleiteten politischen Partei aus der Umhüllung loyaler und monarchischer Phrasen nicht herauszuschälen vermögen, nicht doch endlich zur Klarheit gelangen werden, wenn ihnen noch weiter die letzten Ziele der Demokratie, der bürgerlichen, wie der socialistischen, in der Weise enthüllt werden, wie neulich von Herrn v. Vollmar, erscheint denn doch fraglich.

* Die am Dienstag in Hamburg versammelte Conferenz deutscher Schiffswerften setzte eine Commission für weitere Schritte in Sachen der Dampfersubventions-Vorlage ein und sandte folgendes Telegramm an den Reichskanzler ab: „Die heute in Hamburg anwesenden Vertreter deutscher Schiffsbau-Anstalten senden Ew. Durchlaucht mit ehrfurchtsvoller Begrüßung für die dem Reichstage unterbreitete Dampfersubventions-Vorlage ihren Dank. Von der Ueberzeugung durchdrungen, daß diese Maßregel zur Förderung der Wirthschaftslage des Landes und zur Hebung des deutschen Schiffsbaues dienen wird, wünschen wir dringend die Annahme der Vorlage seitens des Reichstages."

* Der Geschäftsbericht der bei Gelegenheit des Untergangs des „Großen Kurfürsten" aus den freiwillig eingegangenen Gaben gestifteten „Deutschen Marinestiftung 1878" ergiebt, daß im verflossenen Jahre bezahlt worden sind an Pensionen für die Wittwen der Verunglückten 4100 ℳ, für sonstige Hinterbliebene 15,560 ℳ und an Erziehungsbeihilfe für Kinder der Verunglückten 240 ℳ. Die Verwaltungskosten haben 472 ℳ betragen. Durch den zur theilweisen Deckung dieser Ausgaben nothwendig gewordenen Verkauf von 9700 ℳ ostpreußischer Pfandbriefe hat sich das Vermögen der Stiftung auf 254,700 ℳ bei Schluß des Verwaltungsjahres herabgemindert.

* Die Actenstücke bezüglich der überseeischen Politik sind um eine weitere Fortsetzung vermehrt worden und zwar um den Bericht des kaiserlichen Consuls in Canton, betreffend die Dampferlinie des österreichischen Lloyds nach Ostasien. Der Bericht ist datirt Canton, den 1. November 1884. Es heißt darin:

„Die Lloydlinie hat ihre Existenz- und Concurrenzfähigkeit mit und neben den großen französischen und englischen Dampferlinien praktisch dargethan, und wenn auch die finanziellen Resultate dem großen Publicum gegenüber als äußerst bescheiden dargestellt werden, für die besser Eingeweihten ist es kein Geheimniß, daß das Geschäftsergebniß bis jetzt ein sehr zufriedenstellendes gewesen ist. Die österreichische Ein- und Ausfuhr nach und von Ostasien ist in starker Zunahme begriffen, und österreichische Waaren und Fabrikate treten in erfolgreiche Concurrenz mit den deutschen, sei es, daß bekannte Artikel durch die directe Linie zu billigeren Preisen auf den chinesischen Markt kommen, oder ganz neue Marken sich auf demselben Eingang verschaffen. Im Exporten hat Triest bereits in einzelnen Artikeln Hamburg überflügelt, wie es ebenso keinem Zweifel unterliegt, daß ein Theil der früher über Hamburg verschifften Waaren für Ostasien, speciell alle österreichischen Fabrikate, nunmehr in Triest zur Verladung kommen."

Es folgen dann umfassende Tabellen über die durch den österreichischen Lloyd vermittelte Ein- und Ausfuhr Oesterreichs von und nach Indien und Ostasien, sowie über die aus- und eingeführten Waaren nach Beschaffenheit, Gewicht und Geldwerth. Dann fährt der Bericht weiter fort, daß die Angaben den Beweis liefern oder doch mindestens die Annahme rechtfertigen, daß es einer subventionirten deutschen Linie, sofern sie nur sachgemäß administrirt und durch tüchtige Agenten im Auslande unterstützt wird, sicher gelingen wird, nicht nur sich selbst ein lohnendes Feld der Thätigkeit, sondern vor Allem auch den deutschen Waaren und Industrieerzeugnissen einen größeren Absatz und den unmittelbaren Handelsbeziehungen Deutschlands mit Ostasien eine stets zunehmende Ausdehnung zu sichern:

„Wenn es richtig ist, und die Geschichte unserer deutschen Dampferlinien bestätigt es, daß der Verkehr da, wo bereits feste Verbindungen bestehen, stets zunimmt, dürfte das Vorhandensein jener Linie, statt die Aussichten der neuen Gesellschaft zu mindern, derselben im Gegentheil einen lohnenden und stets zunehmenden Waarenverkehr mit der Zeit sicher in Aussicht stellen. Es kann dagegen auch nicht der Einwand geltend gemacht werden, daß bei den zahlreichen bereits bestehenden Dampferlinien und der dadurch gesteigerten Concurrenz die Errichtung der neuen Linie verspätet und deshalb finanziell aussichtslos sei. Bereits früher ist in dieser Beziehung bemerkt, daß ein so gewaltiges und dicht bevölkertes Reich wie China, dessen Hilfsquellen nur zum Theil erschlossen, und dessen ausgedehnte Consumtions- und Productionsgebiete dem fremden Handel bis jetzt nur theilweise zugängig sind, seine Import- und Exportfähigkeit von Jahr zu Jahr steigern müsse, daß die Verhältnisse China zwingen würden, aus seiner Abgeschlossenheit herauszutreten; der Fortschritt möge ein langsamer sein, er sei jedenfalls sicher und unaufhaltbar. Auf dem für die Entwickelung des Handels so wichtigen Gebiete des Verkehrswesens sei ein bedeutsamer Schritt bereits mit der Einführung des Telegraphenwesens gemacht worden, der der Eisenbahnen dürfte in nicht allzulanger Zeit nachfolgen. Im Anschluß daran erlaube ich mir hier nur noch anzufügen, daß die Eisenbahnfrage ihrer Ausführung [illegible] weit näher gerückt ist, als es damals anzunehmen erlaubt habe. Es ist ja nicht leicht, über die endgültigen Entschließungen der kaiserlichen Regierung in Peking ein auch nur einigermaßen zuverlässiges Urtheil im Voraus abzugeben; immerhin dürfte der darüber in den Zeitungen sich hier [illegible] Correspondenzen aus Tientsin und Peking Glauben verdienen, dürfte, sobald der chinesisch-französische Conflict geordnet ist, die Anlage von Eisenbahnen in ernstliche Erwägung gezogen werden. Ist aber einmal der Anfang gemacht, so dürfte, analog der Einführung des Telegraphen, und der ersten Versuchslinie in nicht allzulanger Zeit sich ein ausgedehntes Eisenbahnnetz entwickeln, das, wie es bereits durch den Draht geschehen, in demnächst auch durch Schienenwege die wichtigsten Provinzen des Reichs in directen Verkehr mit einander bringen wird. Ob und wann diese Idee zur Ausführung gelangen wird, muß ja zur Zeit noch als eine offene Frage betrachtet werden; daß mit jedoch der Einführung von Eisenbahnen in China beträchtlich näher gerückt sind, dürfte sich schwer bestreiten lassen. Die Anlage von Eisenbahnen bedeutet aber nicht blos die Eröffnung der Provinzen, die sie durchschneidet, für den fremden Handel, sondern auch den Wegfall der den letzteren so empfindlich schädigenden Inlandbarrieren und damit die Eröffnung einer neuen Handelsära in China, an deren segensreichen Folgen die Schifffahrt sachgemäß partiicipiren muß. gez. Travers."

* Bei einem Diner, zu welchem der Statthalter Feldmarschall v. Manteuffel in Straßburg eine Anzahl katholischer Geistlichen geladen hatte, sprach derselbe sich, dem elsaß-lothringischen amtlichen Blatte gemäß, über das Verbot einiger clericaler Zeitungen wie folgt aus:

„Ich erlaube mir, hochwürdige Herren, einige Worte an Sie zu richten, denn offene Aussprache ist immer gut. Einer der Herren Geistlichen, die ich geladen habe, mir die Ehre zu erweisen, heute hier zu essen, hat mir geschrieben, er käme nicht, weil die Annahme der Einladung Einige zu der Voraussetzung führen könne, er gehöre zu Denen, welche mit über die Frage berichtet hätten, ob die Unterdrückung der „Union" und des „Obillenblattes" das katholische Gewissen beunruhigen würde. Ich habe Seiner Hochwürden meine Verwunderung ausgesprochen, daß man nur glauben könne, ich würde einen der Geistlichen des Reichslandes in die Verlegenheit versetzt haben, mir seine Ansichten hierüber zu berichten. Da jene Möglichkeit aber einmal angenommen wird, so nehme ich Veranlassung, vor Seiner bischöflichen Gnaden und vor Ihnen allen, hochwürdige Herren, zu erklären, daß auf meinen Reisen und in meinen Sprechstunden nicht nur katholische Laien, sondern auch katholische Geistliche mir ihr Bedauern über die Haltung jener Blätter ausgesprochen haben, daß ich aber von keinem Geistlichen im Reichslande, nach Rangesund reich amtlicher Stellung er sei, Informationen darüber eingezogen oder erhalten habe, ob durch Unterdrückung der „Union" und des „Obillenblattes" das katholische Gewissen beunruhigt werden könne. Aus einzelnen Schreiben der Herren Geistlichen, in denen sie theils meine Einladung annahmen, theils sie ablehnten, habe ich ferner entnehmen müssen, daß das Verbot jener beiden Agitationsblätter wie ein feindseliger Schritt gegen die katholische Kirche selbst aufgefaßt worden ist. Das ist mir noch wunderbarer. Ich habe gleichzeitig das agitirende protestantische Blatt, das „Echo", verboten, aber der Gedanke ist mir nicht gekommen, daß ich dadurch einen feindseligen Schritt gegen meine eigene evangelische Kirche beginge. Nicht anders lag es bei jenen beiden agitirenden katholischen Blättern, und nie und nimmer kann ich glauben, daß die Würdenträger der katholischen Kirche die Agitation dieser Blätter unter ihren Schutz stellen und sich mit ihr identificiren wollen. Daß aber mein Verhalten seit länger als 5 Jahren gegen die katholische Kirche des Reichslandes mich vor jenem Vorwurfe nicht bewahrte, ist eine betrübende Erfahrung mehr, die ich mache. Mit meiner Stellung zur katholischen Kirche hat das Einschreiten gegen „Union" und „Obillenblatt" nichts gemein; alle anderen katholischen Blätter des Reichslandes erscheinen nach wie vor, und das Gesetz gestattet das Erscheinen jedes neuen katholischen Blattes, sobald es den vorgeschriebenen Formalitäten nachkommt. Um jedoch jeder neuen Mißdeutung für die Zukunft vorzubeugen, spreche ich es hier aus, daß ich das Wiedererscheinen der „Union", des „Obillenblattes" und des „Echo", auch wenn's unter anderem Namen geschähe, nicht dulde, wie ich vor drei Jahren das Wiedererscheinen der verbotenen „Presse von Elsaß-Lothringen", als sie es unter